

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 2

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den Bereich der Eingliederung des Arbeiters in die Gesellschaft erweiterten, bleiben die Arbeiter, trotz der modernen Technik, als besondere Gruppe in der Gesellschaft bestehen. Sie sind trotz ihrer technischen Integration in der Gesellschaft nicht integriert. Ihre Sonderinteressen sind geblieben. Selbst die technischen Verbesserungen im Arbeitsprozeß, die Verbesserungen der persönlichen Beziehungen im Betrieb, haben den Status der Arbeiter, der auf einer Unterordnung beruht, nicht geändert. Die Arbeiter haben in den letzten Jahrzehnten große Enttäuschungen erlebt. Was ist ihnen nicht alles versprochen worden? Sie haben ihre Autonomie im Betrieb, auf die sie so stolz waren, verloren. Das unpersönliche Arbeitsprogramm, die Angst der Arbeiter vor Arbeitslosigkeit, namentlich infolge der Automatisierung, die Kriegsgefahr fördern das Solidaritätsgefühl. Der Arbeiter weiß, daß er trotz den schönen Maschinen, die er in Gang bringt oder kontrolliert, nur ein Organ ist, das Befehle auszuführen hat, ohne daß er mitreden dürfte.

So teilt der einzelne Arbeiter das Schicksal der gesamten Arbeiterschaft. Er fühlt sich gegenüber den anderen Bevölkerungsschichten, «jenen da oben», als Arbeiter. Der heutige Arbeiter hat zwar nicht mehr die Charakterzüge eines Arbeiters des alten Typus, aber er besitzt noch keine neuen Züge. Wie er sich noch entwickeln wird, kann nicht vorausgesehen werden.

Der Arbeiter an einer Maschine ist ein universaler Typus. Der Arbeitsprozeß, in den er eingegliedert ist, hängt von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren ab, die sich von Land zu Land unterscheiden. Aber alle Arbeiter unterliegen dem gleichen Status.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Gemessen an den Schwierigkeiten, die andere Länder zu überwinden haben, geht es uns in der Schweiz gut. Dies ist jedoch kein Grund, in satte Selbstzufriedenheit zu versinken, in der Meinung, es gebe nichts mehr zu verbessern. Daß dem gar nicht so ist, sollen folgende kleine Beispiele be- weisen:

Der Geschäftsbericht der Käse-Union für das Jahr 1961 zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, in welchem Wust von auf die Dauer unhaltbaren gesetzlichen Regelungen unsere Landwirtschaft steckt. Man sagt nicht umsonst, daß die Experten, die sich im Landwirtschaftsgesetz auskennen, an einer Hand abzuzählen sind. Die gesamte Landwirtschaftspolitik sollte in

absehbarer Zeit neu überprüft werden, wenn wir nicht bald unangenehme Überraschungen erleben wollen.

Das Jahresergebnis 1960/61 der Käse-Union schloß mit einem Defizit von 33 Millionen Franken ab, das der Bund — das heißt der Steuerzahler — zu decken hat. Wie entstand dieses Defizit? Die Schweiz produziert bekanntlich sehr viel Milch und dementsprechend auch viel Käse. Da dieser bei uns nicht abgesetzt werden kann, wird er exportiert. Soweit vernünftig — aber die Sache hat einen Haken: Unser Käse ist, verglichen mit den Weltmarktpreisen, um 20 bis 80 Prozent zu teuer. Wenn wir den Käse absetzen wollen, müssen wir ihn mit Bundesgeldern verbilligen. Wir verkaufen ihn also auf jeden Fall unter den Gestehungskosten, betreiben somit eine Art des sonst so verpönten Dumping. Die Käse-Union tröstet uns zwar damit, das komme uns immer noch billiger, als wenn wir Butter exportieren würden. Im Gegenteil, wir importieren billige Butter, verkaufen sie in der Schweiz teuer und verbilligen mit dem so erzielten Gewinn unseren Käseexport! Neben den 33 Millionen Franken zahlt der Steuerzahler also überdies als Konsument an die wenig erfreuliche Milchverwertung.

Weshalb haben wir eine volkswirtschaftlich so unsinnige Situation? Nicht zuletzt deshalb, weil der Schweizer Bauer auf dem am höchsten verschuldeten Boden Europas wirtschaften muß. Die Verschuldung pro Hektare beträgt in Österreich 148 Franken, in Westdeutschland 825 Franken (beide umgerechnet) und in der Schweiz 6150 Franken. Bei einer solch horrenden Zinsenlast kann der Schweizer Bauer überhaupt nicht billig produzieren. Wie lange dauert es wohl noch, bis man einsieht, daß jede Sanierung der Landwirtschaft ohne Änderung des bäuerlichen Bodenrechts sinnlos ist?

Vom Geldmarkt sind — je nachdem auf welcher Seite man steht — erfreuliche oder unerfreuliche Tatsachen zu melden. Die Aktienkurse stiegen innert Jahresfrist um 41 Prozent; zieht man davon die 3,5prozentige Teuerung ab, so ergibt das einen netten arbeitslosen Vermögenszuwachs um 37,5 Prozent. Da Geld nicht aus dem Nichts entsteht, ist es klar, daß dieses von den Aktionären auf leichte Art gewonnene Geld, von irgend jemandem erarbeitet worden sein muß. Es liegt auf der Hand, daß dieser Zuwachs zu einem großen Teil den Arbeitnehmern zu verdanken ist. Kapital ist immer besser bezahlt als Arbeitskraft.

Etlichen Staub aufgewirbelt hat der Kampf zweier Bankgiganten um die Bündner Privatbank. Dieses Geschäft hat — nebenbei bemerkt — auch einen tiefen Einblick in das Funktionieren der jetzigen Wirtschaftsordnung zugelassen. Wie spielte sich der Kampf ab? Die Schweizerische Bankgesellschaft offerierte vorerst den Aktionären der Bündner Bank für ihre Aktien (Nennwert 50 Franken) 175 Franken. Dann trat ein Bündner Konsortium

auf, das in großen Tönen die Notwendigkeit für Graubünden, ein eigenes Bankinstitut zu besitzen, herausstrich und das den Aktionären 200 Franken pro Aktie anbot. Hinter diesem Konsortium steckten aber nicht waschechte Bündner, sondern der Schweizerische Bankverein! Das entkräftete natürlich die lokalpatriotischen Erwägungen bedeutend, und so scheint es gegenwärtig, als ob die Bankgesellschaft das Rennen machen werde; dies um so mehr, als sie bereit ist, für jede Aktie — die vor einem Jahr noch für 55 Franken zu haben war — 210 Franken zu bezahlen. «Heute nachmittag haben wir gut verdient», soll ein Aktionär nach der orientierenden Generalversammlung gesagt haben. Wer bezahlt diese Gewinne?

Die Bankgesellschaft hat aber einen noch ungestillten Appetit: Sie will auch die Sparkasse Au im sanktgallischen Rheintal übernehmen. Gewisse Regeln, die vor rund 100 Jahren von Marx aufgestellt wurden, scheinen doch zu stimmen . . .

Erfreuliches ist aus dem Bundeshaus zu vernehmen: Man will dieses Jahr mit dem Nationalstraßenbau energisch vorwärtsmachen. Nach den vorläufigen Plänen sollen bis Ende Jahr 160 Kilometer Nationalstraßen erstellt sein — falls die Arbeitskräfte vorhanden sind. Außerdem hat man im Bundeshaus eingesehen, daß der Gewässerschutz dringlich wird, und man will ihn mit einer anderen Subventionspraxis fördern. Hoffen wir, daß hier möglichst schnell etwas getan wird, bevor es zu spät ist!

Außenpolitik

Täglich explodieren in Algerien Plastikbomben, täglich fallen Muselmanen und Europäer den terroristischen Anschlägen der OAS und des FLN zum Opfer, Schrecken und Angst regieren. Lynchmorde sind an der Tagesordnung. Die OAS hat ihren Terror auch im französischen Mutterland verschärft. In Paris sind ihre Anschläge zur traurigen Gewohnheit geworden. Die Justiz ist hart gegenüber den Leuten des FLN und solchen, die diese Bewegung unterstützen; sehr nachgiebig zeigt sie sich jedoch gegenüber den Terroristen der OAS. Es kam in Paris zu Anti-OAS-Demonstrationen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurden die Demonstranten von den Sicherheitskräften erbarmungslos zusammengeprügelt! (Die Demonstration vom 8. Februar forderte acht Tote.) Diese Gelegenheiten ließ sich die OAS nicht entgehen — ihre Anschläge vermehrten sich während der Demonstrationen. Die Regierung ist nachsichtig nach rechts, hart nach links; indirekt unterstützt sie so die Auffassung der Rechtsextremisten, daß diejenigen, die gegen die OAS auftreten, Kommunisten sind. Selbstverständlich sind die Kommunisten bei allen Demonstrationen gegen die OAS dabei, aber ebenso selbstverständlich machen alle diejenigen mit, die sich gegen den Terror

einer rechtsextremen Gruppe auflehnen und die Demokratie retten wollen. Am Umzug zu Ehren der acht bei einer Demonstration getöteten Opfern nahmen Hunderttausende von Parisern teil, ein eindrückliches Zeugnis dafür, wie stark die demokratischen Kräfte in Frankreich trotz allem noch sind.

Ein Lichtblick zeichnete sich Mitte Februar ab: Es scheint, daß sich die französische Regierung mit der Provisorischen Algerischen Regierung auf einen Waffenstillstand werde einigen können. Gerüchte wollen wissen, daß im kommenden Herbst in Algerien eine Volksabstimmung stattfinden soll, die über das weitere Schicksal Algeriens bestimmen soll, ob es unabhängig oder mit Frankreich verbunden bleiben soll. Es ist sehr zu hoffen, daß dieser Vertrag zustande kommt. Daß der Weg zum Frieden in Algerien aber trotzdem noch lang und beschwerlich sein wird, ist unzweifelhaft — noch ist nämlich die OAS unbesiegt . . .

In Italien hat ein Linksrutsch stattgefunden. Die Democrazia Cristiana will nicht mehr mit den Liberalen, Neofaschisten und Monarchisten zusammenarbeiten, sondern eine Regierung mit den Sozialdemokraten und den Republikanern bilden. Der Linksozialist Nenni, mit dessen Billigung die «Apertura a sinistra» zustande kam, bleibt im Hintergrund. Wie dieses Experiment ausgehen wird, weiß im Augenblick noch niemand; sicher aber beweist dieser Linksrutsch zweierlei: die Stärke der politischen Linken und die trotz dem Wirtschaftsaufschwung im Norden nach wie vor wenig stabile Lage Italiens. Interessant ist, daß sich der Vatikan nicht in diese politische Schwenkung einmischt.

Die Konferenz der Organisation der Staaten von Amerika in Punta del Este, die von den USA mit dem Zweck angeregt worden war, «das Ärgernis Kuba» aus der Organisation auszuschließen und wirtschaftlich zu boykottieren, endete für Amerika enttäuschend. Erst nachdem Außenminister Dean Rusk mit dem Entzug des 20-Milliarden-Kredites für Südamerika gedroht hatte, fand sich die für einen Ausschluß notwendige Mehrheit. Wirtschaftliche Sanktionen ergriffen nur die USA, während die großen Länder Südamerikas, Brasilien, Mexiko, auch Chile und Uruguay, gegen jede Sanktion gegenüber Kuba waren. Argentinien brach erst auf Druck des Militärs die diplomatischen Beziehungen mit Kuba ab. Der südamerikanische Kontinent ist nach wie vor ein Unruheherd; ob es gelingen wird, mit Amerikas 20-Milliarden-Kredit die Lage zu konsolidieren, hängt davon ab, wie das Geld verwendet wird.

Mitte März wird in Genf eine Abrüstungskonferenz beginnen, an der 18 Staaten teilnehmen werden. Sie wirft schon heute ihre Schatten voraus. Chruschtschew hat angeregt, diese Konferenz als Gipfelkonferenz aller Regierungschefs zu beginnen, um so den Verhandlungen das nötige Gewicht zu

verleihen. Die Westmächte wollen diesen Vorschlag nicht direkt ablehnen. Sie erklären, ihre Regierungschefs dann nach Genf schicken zu wollen, wenn Aussichten auf erfolgreiche Verhandlungen gegeben seien. Diese Aussichten sind nicht ganz so klein, denn Amerika hat vor wenigen Wochen zugegeben — was es früher immer verneinte —, auch unterirdische Atomexplosionen kleinen Ausmaßes feststellen zu können. Da solche Messungen nun möglich sind, werden eigentlich die vom Westen immer wieder geforderten Kontrollkommissionen zur Aufspürung von Atomversuchen überflüssig. Die Russen lehnten diese jeweils mit der Begründung ab, daß es sich dabei nur um Spionagegruppen handle. So besteht vielleicht die Möglichkeit einer Einigung.

Wie sehr eine allgemeine Rüstungsbeschränkung nötig wäre, zeigt zum Beispiel das Budget der USA für 1962. Man rechnet mit rund 93 Milliarden Dollar Einnahmen und Ausgaben. 53 Milliarden Dollar werden allein für die Landesverteidigung gebraucht; rechnet man noch die Auslandhilfe, die Kernforschung und die Forschungen für die Eroberung des Weltraumes dazu, so geben die Amerikaner 63 Prozent ihrer Einnahmen für die nationale Sicherheit aus.

Da alle andern Länder ebenfalls große Teile ihres Budgets für die Landesverteidigung abzweigen, kann man sich leicht ausrechnen, welche Möglichkeiten sich eröffneten, würde eine Abrüstung oder, sagen wir bescheidener, nur eine Beschränkung der Aufrüstung ins Auge gefaßt. Da die heutigen Atombombenvorräte und die übrigen Waffenlager vollständig ausreichen, jedes menschliche Leben auf der Erde auszulöschen, wird eine immer mehr sich steigernde Aufrüstung von Tag zu Tag sinnloser. Doch es scheint, daß die Menschen diese Sinnlosigkeit erst einsehen werden, wenn es zu spät ist.

Literatur

Geburt der Gegenwart von Jean Améry

Das als Paper-back-Buch im Walter-Verlag Olten erschienene Werk des belgischen Journalisten Jean Améry trägt den Untertitel «Gestalten und Gestaltungen der westlichen Zivilisation seit Kriegsende». Was dem Autor vorgeschwebt hat, nämlich ein anregendes Buch zu schreiben, ist ihm zweifellos gelungen. Die Bestandesaufnahme der kulturellen Situation Europas und Amerikas nach dem Zweiten Weltkrieg vermittelt ein flimmerndes und schillerndes Fragment eines geistig und künstlerisch äußerst vielfältigen Zeitabschnittes. Es hatte der Autor nicht die Absicht, ein vollendetes und ab-